

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

40 (1.10.1947)

VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 40

Mannheim, den 1. Oktober 1947

Preis 15 Pfg.

Vorschläge der SED an den Kontrollrat

In seinem großangelegten Referat zur politischen Lage auf dem 2. Parteitag der SED entwickelte Otto Grothwohl einen Deutschen Plan zur Sicherung einer demokratischen Zukunft unseres Volkes, der dem Kontrollrat unterbreitet werden wird:

- Wir bitten, dem deutschen Volke selbst beschleunigt die Möglichkeit der Durchführung einer Volksabstimmung zu geben über die Frage der Einführung eines Einheitsstaates mit der Zuständigkeit der Länder im Rahmen der Weimarer Verfassung oder Schaffung eines in selbständige Länder aufgespaltenen Deutschlands.
- Wir erbitten die sofortige Einsetzung von deutschen Zentralverwaltungen zur Vorbereitung der Wirtschaftseinheit Deutschlands, damit die Voraussetzungen zur Schaffung einer Regierung entwickelt werden können.
- Wir erbitten die sofortige Aufhebung der Zonen Grenzen, damit Deutschland während der Besatzungszeit „als ein einziges wirtschaftliches Ganzes“ wirken kann.
- Wir ersuchen um die sofortige Einstellung aller bizonalen Abmachungen.
- Wir fordern die sofortige und restlose Säuberung der Verwaltung und des Wirtschaftsapparates von allen Naziaktivisten und Kriegsverbrechern.
- Wir erwarten sofort
 - die Durchführung einer demokratischen Bodenreform in ganz Deutschland durch entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes mit über 100 ha Land.
 - die Zulassung des Austausches von Nachrichten und Druckschriften in ganz Deutschland als Vorbereitung für die Zulassung aller politischen Parteien in ganz Deutschland;
 - die Durchführung des Beschlusses des Rates der Außenminister in Moskau über die Rückkehr aller deutschen Kriegsgefangenen spätestens bis zum 31. Dezember 1948.

7. Wir bitten

- die sofortige entschädigungslose Enteignung der Kriegs- und Nazi-verbrecher und die Ueberführung der Großbanken und aller Betriebe der Monopolverbände in öffentliches Eigentum;
- Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produktion unter maßgebender Mitwirkung der Gewerkschaften;
- volles Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften und Betriebsräte;

- eine einheitliche Wirtschaftsplanung für ganz Deutschland.

Eine durchgreifende Demokratisierung und fühlbare Besserung der Lebensverhältnisse hat bis zur Inkraftsetzung eines Friedensvertrages für Deutschland die Durchführung dieser ersten Maßnahmen zur Voraussetzung. Von der Konferenz in London erwarten wir, daß der Friedensvertrag ein Anfang und nicht das Ende von Deutschland werden möge.



Die Wahrheit über die Kartoffelzuteilung!

3/4 Zentner können zugeteilt werden! — Ernährungsbürokratie sabotiert!

Die Kartoffel, schon von jeher ein Volksnahrungsmittel erster Ordnung, ist heute mehr denn je zur Grundlage unserer Ernährung überhaupt geworden. Die Kartoffelversorgung, an deren Beispiel das ganze Versagen unseres Bewirtschaftungssystems und die Sabotage der bizonalen Ernährungsbürokratie sichtbar wird, ist ein getreuer Spiegel unserer Versorgung mit Lebensmitteln überhaupt. Ein Zentner Kartoffeln sind uns für dieses Jahr zur Einkellerung versprochen, lange nicht genug, um auch nur einigermaßen über den Winter hinwegzukommen. Dabei verfügen wir in der britisch-amerikanischen Zone über genügend Kartoffeln, um wenigstens von dieser Seite her die Bevölkerung so zu beliefern, daß sie nicht mit den schlimmsten Sorgen der Zukunft entgegenblicken muß.

Sogar nach den amtlichen Angaben des bizonalen Ernährungsamtes, die in Wirklichkeit viel zu niedrig liegen, hat das Jahr 1946 eine Kartoffelernte von 11,2 Millionen Tonnen, d. h. von rund 6 Zentner pro Kopf der Bevölkerung erbracht. Selbst wenn man in großzügigster Weise ca. 4 Millionen Tonnen für Saatgut, Schwund und dergleichen in Abzug bringt, und das ist wirklich überreichlich, verbleiben noch

7,3 Millionen Tonnen oder nahezu vier Zentner pro Kopf. Ausgegeben wurde aber nur 1 Zentner, günstigstenfalls in einigen Gebieten 2 Zentner, und ein großer Teil der Bevölkerung konnte überhaupt nicht berücksichtigt werden und mußte einen harten Kampf um seine pfundweise Versorgung bestehen.

Das schreiende Mißverhältnis zwischen möglicher und tatsächlicher Verteilung hat seine Ursache in der verbrecherisch mangelhaften Erfassung und in dem Verschieben großer Bestände auf dem Schwarzen Markt. So erinnert man sich noch lebhaft an die bedeutenden Mengen von Kartoffeln, die beispielsweise in Bayern nachgewiesenermaßen abgehandelt wurden, jedoch niemals ihren Bestimmungsort erreichten, sondern vorher „abgezweigt“ wurden. Darüber hinaus wurden riesige Mengen Kartoffeln an die Schweine verfüttert, deren Fleisch niemals auf den Markt gekommen ist, denn es gibt kaum einen Bewohner einer Stadt, der sich noch erinnern kann, wie Schweinefleisch schmeckt. Was dabei der hungernden Bevölkerung entzogen wurde, mag man aus der Tatsache ermessen, daß in der britisch-amerikanischen Zone 1946 5 Millionen Schweine gemästet wurden, darunter nicht weniger als 2 Millionen schwarz-

gehaltene und auch schwarzgeschlachtete Schweine.

Trotz der ungewöhnlichen Trockenheit dieses Sommers ist die Kartoffelernte nach der Feststellung von Fachleuten nicht so schlecht, wie man dies aus durchsichtigen Gründen gerne hinstellen will. Indessen ergibt selbst ein Ertrag von 110 dz pro ha, wie er, natürlich wiederum viel zu gering, von amtlichen Stellen angenommen wird, bei einer Anbaufläche von 1 Million ha gegenüber den vorgesehenen 1,3 Millionen ha, immer noch 11 Millionen Tonnen; Saatgut und Schwund sollen wiederum äußerst großzügig mit ca. 3,5 Millionen Tonnen angenommen werden, dann bleiben für die rund 42 Millionen Menschen der britisch-amerikanischen Zone 75 Millionen dz, die ausreichen würden, um mindestens 3/4 Zentner pro Kopf der Bevölkerung auszugeben. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß im Jahre 1938 181 kg Speisekartoffeln pro Kopf verbraucht wurden. Und heute wird der versprochene eine Zentner bereits vorsorglich mit einem Fragezeichen versehen.

Diese Zahlen sprechen eine sehr eindeutige Sprache. Alles Operieren Schlange-Schöningsens und seiner Ernährungsbürokratie kann daran nicht deuteln, daß trotz Dürre und Mißernte weitaus mehr Kartoffeln zur Verfügung stehen, als die 50 kg, die in recht ungewisse Aussicht gestellt werden. Ganz klar wird ersichtlich, daß man zwar könnte, aber in Wirklichkeit gar nicht will. Die Sabotage der Kartoffelversorgung und der gesamten Ernährung kann von der Arbeiterschaft nicht mehr länger widerspruchslos hingenommen werden. Das arbeitende Volk hat es selbst in der Hand, den tödlichen Würgegriff des Hungers zu lösen und wird nicht zögern, den Hungerdiktator Schlange-Schöningsen samt seiner Bürokratie zu verjagen und alle Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen.

Reiche noch reicher, Arme noch ärmer

Ein volksfeindlicher Plan zur Währungsreform

Eine Gutachterkommission des bizonalen Verwaltungsamtes hat dem Wirtschaftsrat in Frankfurt einen Plan zur Währungsreform unterbreitet, der im „Handelsblatt“ Nr. 34 veröffentlicht ist und von ihm „als die gewissermaßen amtliche Meinung in den vereinigten Westzonen“ bezeichnet wird. Der „Nordwestdeutsche Rundfunk“ gab diesen Währungsplan ausführlich wieder, womit das gesamte öffentliche Interesse geweckt und eine Benurteilung in die Bevölkerung hineingetragen wurde.

Die Einzelheiten dieses Planes sehen im wesentlichen folgendes vor:

Das alte Bargeld wird bis zum Höchstbetrag von RM 50.— pro Kopf der Bevölkerung in neues Bargeld umgetauscht.

Die darüber hinausgehenden Geldbeträge werden auf ein Konto eingezahlt.

Die Guthaben dieser Konten werden zu 80 Prozent gesperrt. Ueber die restlichen 20 Prozent kann der Einleger sofort bargeldlos verfügen. Nach einer kurzen Uebergangszeit auch durch Abhebung von Bargeld.

Der ausgezahlte Freibetrag wird auf die 20 Prozent angerechnet.

Die gesperrten Guthaben werden in Kriegsschuldscheine des Reiches umgewandelt, die im Besitz der Kreditinstitute, d. h. der Banken sind.

Auszahlungen auf Kriegsschuldscheine werden nur bei nachweislich arbeitsfähigen Personen und Sozialrentnern in Form einer erhöhten Unterstützung genehmigt.

Wie sich dieser Plan auswirken würde, soll an einigen Beispielen gezeigt werden.

Arbeiterfamilien verlieren letzte Groschen

Eine Arbeiterfamilie von vier Personen, die noch RM 1000.— Ersparnisse — und dieses sind echte Ersparnisse aus dem Arbeitsverdienst — besitzt, würde davon RM 200.— ausbezahlt bekommen. Von den restlichen RM 800.— würden 20 Prozent, gleich RM 160.—, sofort bargeldlos und später auch in bar zur Verfügung stehen. Da aber die sofort ausgezahlten RM 200.— darauf angerechnet werden, erhält sie nichts mehr ausgezahlt, sondern der ganze Betrag von RM 800.— wird in Kriegsschuldscheine umgewandelt, die bei einem Lastenausgleich voraussichtlich eingezogen werden. Ist die Familie nur drei Köpfe stark — etwa eine Witwe mit zwei Kindern —, so würde sie bei RM 1000.— Ersparnissen RM 150.— sofort und insgesamt RM 170.— erhalten, denn 150 von 1000 bleiben für Konto RM 850.—, davon 20 Prozent sind RM 170.—, RM 20.— mehr als sofort eingetauscht. Die Mark für Mark ersparten Beträge werden jetzt praktisch weggesteuert.

Schieber und Schwarzhändler behalten genug

Ein Schieber mit RM 100 000.— würde nach kurzer Zeit RM 20 000.— zur Verfügung haben. Ein Schwarzhändler oder ein mit der Kasse getürmter Nazi, der RM 10 Millionen im Besitz hat — es gibt noch genug davon — verfügt bargeldlos sofort über RM 2 Millionen und nach kurzer Zeit darüber auch in bar.

Ein Schwarzhändler berechnet sein Geldvermögen in Schwarzmarktprei-

sen, diese stehen auf das Hundert- bis Zweihundertfache der amtlichen Preise. Besitzt er RM 100 000.—, so hat er, in amtlichen Preisen gerechnet, einen Wert von RM 1000.— in der Hand. Die geplante Währungsreform gibt ihm dafür RM 20 000.—. Hat er 10 Millionen im Besitz, so erhält er ein Neuvermögen von RM 2 Millionen, also mindestens das Zwanzigfache dessen, was er heute real besitzt. Dieser Währungsplan verschafft also allen Schwarzhändlern, Kriegsgewinnlern usw. die kolossalsten Gewinne, denn daß sie mindestens ein Fünftel ihres zusammengeraubten Vermögens wertbeständig umgewandelt erhalten sollen, haben sie bestimmt nicht erträumt.

Sanierung der Banken — neue Belastung des kleinen Mannes

Die Schätzungen über die Schulden des Reiches gehen weit auseinander, und zwar von 380 bis 1250 Millionen RM. Die fundierte und schwebende Schuld dürfte bei 400 Milliarden liegen. Die Schuldscheine des Reiches sind heute im Besitz der Banken, der privaten und öffentlichen Versicherungsunternehmen und auch der Industrie. Diese sollen nach dem Plan ihre Reichsschuldscheine an die Reichsschuldenverwaltung in Hamburg zurückgeben, die sie den Sparern gibt, um sie bei einem späteren Lastenausgleich anzurechnen.

Auf diesem Wege sollen die bankrotten Banken wieder saniert werden. Vor kurzer Zeit erklärte der Leiter eines Elektrokonzerns in Hamburg, daß der Konzern 400 Millionen Reichs-

mark Forderungen an das Reich hätte. Er hoffe auf Begleichung dieser Forderungen. Dieser Plan will den verbrecherischen Konzernherren ihre Gewinne aus dem Massenmorden sichern, dafür sollen die Werkstätten ihre letzten Ersparnisse hergeben.

Zwangssparen und volksfeindliche Steuern

Sieht der Plan die Rettung der Volksverderber vor dem Bankrott vor, so will er nach der Währungsreform dem werktätigen Volke sofort neue Lasten aufbürden. Dazu schlägt er ein Pflichtsparen vor. „Die Pflichtsparebeträge wären zugleich auch eine geeignete Grundlage der „Wiederaufbaufinanzierungen“, heißt es im Artikel X. Damit wäre sofort eine neue Besteuerung der Volksmassen eingeführt. Diese Mittel sollen angeblich für den Wiederaufbau verwendet werden. Nach dem ersten Weltkrieg wurde die Hauszinssteuer eingeführt, auch angeblich zum Zwecke des Wohnungsbaues. In Wirklichkeit wurden dann

(Fortsetzung auf Seite 2)

Reiche noch reicher, Arme noch ärmer

(Fortsetzung von Seite 1)

10 Prozent für den Finanzbedarf der Gemeinden und des Staates verwendet. Im Dritten Reich gingen 100 Prozent in die Kriegsfinanzierung. Die Pflichtsparbeträge werden denselben Weg gehen und noch zu Subventionierungen der bankrotten Banken, Versicherungskonzerne usw. benutzt werden. Die gegenwärtigen konzernhörigen Verwaltungen, denen die Väter dieses Planes entstammen, geben alle Gewähr dafür.

Neue Preiserhöhungen

Vor der Geldreform sollen noch eine Anzahl Preiserhöhungen unter Dach und Fach gebracht werden, wie im Artikel X verlangt wird. Damit wird dem neuen Anfang eine hohe Profitrate gesichert. Gegenwärtig geht die Hälfte bis drei Viertel der Produktion dunkle Wege und über die Höhe der Warenhortungen gibt es keine verlässlichen Schätzungen, obwohl jeder weiß, daß diese recht hoch sein müssen. So sollen durch diesen Währungsplan die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden.

Daß eine Währungsreform notwendig ist, sieht jeder vernünftige Mensch ein. Aber ein solcher Plan darf nicht die Kosten des Hitlerkrieges und des Wiederaufbaus auf die Schultern der Werktätigen abwälzen, sondern soll sie auf diejenigen abladen, die ihn verschuldet haben. Eine Währungsreform, die den Interessen des Volkes entspricht, muß

eine Geld-, Währungs-, Steuer- und Vermögensreform umfassen, die den Kleinbesitz und das kleine Sparguthaben schützt und erhält, jedoch die Junker und die Industrie-, Bank- und Versicherungskonzerne, die Schuldigen des Krieges und der Katastrophe — für die Deckung der Kosten voll heranzieht.

Das deutsche Volk ist arm geworden wie fast noch nie in seiner Geschichte. Sollen die Fabriken und Verkehrswege wieder aufgebaut und den Ausgebombten und Umsiedlern nur das Elementarste an Wohnung, Kleidung und Hausrat gegeben, sollen dazu noch die Reparationen geleistet werden, so kann das deutsche Volk keine Herrenkaste mehr erhalten und in Wohlstand leben lassen. Die Interessen des Volkes machen grundlegende Änderungen unseres Wirtschaftslebens notwendig. Heute mag es darüber noch Illusionen geben — nach der Währungsreform wird das allen offenbar werden — dann wird das deutsche Volk erst erkennen, wie arm es geworden ist, denn die sogenannten Vermögen existieren ja längst nicht mehr, sie sind in Feuer und Rauch aufgegangen. Was existiert, ist der Anspruch auf den zukünftigen Arbeitsertrag des Volkes.

Die monopolistische Profitwirtschaft hat uns und fast die ganze Welt in die Katastrophe hineingebracht, sie kann dem Volke keine Existenz in Frieden und Wohlstand geben. Es gibt nur eine Zukunft für uns — den Aufbau einer demokratischen Wirtschaft in einer politischen und wirtschaftlich geeinten deutschen Republik.

Schulreform in Württemberg-Baden?

Lehrerkonferenz in Stuttgart

Die kommunistische Landtagsfraktion hatte auf den 28. 9. 1947 eine Lehrerkonferenz in Stuttgart einberufen, um zur Frage der Schulreform und zu dem Entwurf über den Neuaufbau des Schulwesens in Württemberg-Baden, den das Kultministerium vorgelegt hat, Stellung zu nehmen. Während die Not und der Kampf um das tägliche Brot die Menschen voll beschäftigen, ist die Bürokratie unter Ausschluß der Öffentlichkeit eifrig bemüht, den Gedanken einer wirklichen Schulreform zu verfälschen und insbesondere das Bildungsprivileg der besitzenden Schichten aufrecht zu erhalten. Nach einem eingehenden Referat des Landtagsabgeordneten Willi Böpple nahmen die aus allen Orten von Württemberg-Baden versammelten Lehrer in reger Aussprache, insbesondere Stellung gegen die einseitige und undemokratische Zusammensetzung der auf Grund des Vorentwurfs gebildeten Schulplankommission, in welcher der Einfluß der höheren Schulen und der Bürokratie überwiegt, während die Volksschule, deren Vertreter die stärksten Befürworter der Schulreform sind, nur geringen Einfluß hat. Auch das Forum, das als Vertretung des öffentlichen Lebens an den Beratungen über die Schulreform teilnehmen soll, ist so zusammengesetzt, daß vor lauter Behörden und Berufsständen der Wille und die Meinung der Bevölkerung darin unmöglich zum Ausdruck kommen kann. Maßgebend müssen neben den politischen Parteien, der Lehrerverband und die Gewerkschaften vertreten sein. Doch darüber hinaus ist die Zukunft unseres Erziehungswesens eine Angelegenheit, welche die gesamte Bevölkerung beschäftigt. Der Schule kommt eine entscheidende Rolle in der Demokratisierung Deutschlands zu, und es darf daher niemals gleichgültig sein, nach welchen Gesichtspunkten sie aufgebaut wird.

Inbesondere die Eltern müssen die Einberufung von Elternversammlungen an jeder Schule verlangen, um dort die Demokratisierung unseres Schul-

wesens auf breiter Basis zu besprechen und darüber zu wachen, daß nicht die Schule zu einer Waffe in Händen der Reaktion aufgebaut wird.

Fordert an allen Schulen Elternversammlungen! Wählt Elternbeiräte!

Völliges Ernährungschaos nicht mehr abstreitbar!

Die „Hamburger Volkszeitung“ schildert in ihrer Ausgabe vom 27. September den chaotischen Zustand auf dem Gebiet der Ernährung und die völlige Hilflosigkeit der bizonalen Verwaltungsstellen wie folgt:

Tatsache ist, daß innerhalb der bizonalen Ernährungsdienststellen ein Kompetenzstreit entstanden ist, dem eine ins völlige Chaos führende Eigenmächtigkeit der einzelnen Landesverwaltungen bei der Festsetzung der Rationen zu folgen scheint.

Während Bayern, trotz des Einspruchs des Exekutivrates, daß kein Land die Befugnis habe, Rationen für Nahrungsmittel für sich allein festzusetzen oder zu erhöhen (dieses Recht stehe allein dem Exekutivrat in Verbindung mit der Verwaltung für Ernährung und Landwirtschaft nach Genehmigung des Zweizonen-Kontrollamtes) zu weiter zusätzliche Fleischrationen ausgab, geht auch Niedersachsen in der Ausgabe von Einkellerungskartoffeln seinen eigenen Weg.

„Woanders geben sie Fleisch und Äpfel aus, wir Kartoffeln!“

Der niedersächsische Ministerpräsident Kopf hat in einer Stellungnahme zu der Verlautbarung aus Kreisen des Frankfurter Exekutivrates, nach der die Ausgabe von zwei Zentner pro Kopf in Niedersachsen rückgängig gemacht worden sei, erklärt, er denke nicht daran, seine Verfügung zurückziehen.

Was stimmt nun eigentlich?

Der bayerische Ernährungsminister Baumgartner sagte, daß das Fleisch an die Bevölkerung jetzt ausgegeben werden müsse, da für die Konservierung nicht genügend Dosen beschafft werden können. Im Gegensatz dazu gibt das Verwaltungsamt für Ernährung und Forsten folgende Erklärung ab:

„Die Fabrikation von Konservendosen für die Notschlachtungen ist als gesichert anzusehen. Durch die Konservierung soll der gegenwärtige hohe Fleischanfall für die Ernährung in späteren Zuteilungsperioden sichergestellt werden.“ In einer anderen Meldung (nach dpd) heißt es u. a.:

„Es wird angestrebt, den Fleischbedarf der Bevölkerung für die Monate Januar bis Juni des kommenden Jahres in den nächsten Wochen in die Kühlhäuser zu bringen, damit im ersten Halbjahr 1948 keine Abrufe von Schlachtvieh bei Viehhaltern zu erfolgen brauchen.“

Es ist wiederum der bayerische Er-

Parteivertreter zum Termin der Gemeindevwahl

Am Mittwoch, den 24. 9. 1947, tagte im Rathaus in Karlsruhe eine von der Militärregierung einberufene Sitzung der Parteivertreter.

Landesdir. Zimmermann gab einleitend bekannt, daß die Militärregierung die Sitzung deshalb gewünscht habe, um die Meinung und Stellungnahme der Parteien zu den für Dezember angesetzten Gemeindevahlen zu hören. Er erklärte, daß der Termin zu früh angesetzt sei. Die technische Durchführung der Wahl zur Winterszeit bei den äußerst schlechten Verkehrsverhältnissen, der Brennstoffnot, bei ungeheizten Sälen und kein Licht, sei für die Parteien fast unmöglich. Hinzu komme, daß das Gemeindevwahlgesetz, das durch das Innenministerium dem Landtag zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll, stark abänderungsbedürftig sei. In seiner jetzigen Fassung sei es für die Parteien unannehmbar. Das aktive Wahlrecht für die Entnazifizierten sei zu begrüßen, jedoch sei das ihnen zugebilligte passive Wahlrecht abzulehnen, denn die Auswirkungen in dieser Hinsicht seien unübersehbar und bedeuteten eine große politische Gefahr. Er sehe deshalb nur eine Möglichkeit, um zu ordnungsgemäßen Gemeindevahlen zu kommen, wenn der Wahltermin um einige Monate hinausgeschoben wird.

Der Vertreter der Kommunistischen Partei, Genosse Ritter, betonte noch, daß es unmöglich sei, zum zweiten Male Gemeindevahlen durchzuführen, ohne eine brauchbare, den neuen Verhältnissen entsprechende

Gemeindeordnung und ein Gemeindevwahlgesetz zu haben. Ein Er-satz durch ein Ermächtigungsgesetz müsse abgelehnt werden. Im übrigen teilte er die Meinung des sozialdemokratischen Vertreters zum Wahltermin.

Der Vertreter der CDU war ebenfalls der Meinung, daß der Wahltermin zu verfrüht sei und trat für einen späteren Termin ein. Als einziger vertrat der Vertreter der LDP die Meinung, man solle die Gemeindevahlen so wie festgelegt am 7. Dezember 1947 durchführen, denn die Verhältnisse zu einem späteren Termin seien nach wie vor die gleichen.

Eine Rolle in der Aussprache spielte noch die Amtsdauer der zu wählenden Bürgermeister und Landräte. Während Sozialdemokraten, CDU und LDP-Vertreter der Meinung waren, die Amtsdauer aus psychologischen und fachlichen Gründen auf neun Jahre festzusetzen, vertrat der kommunistische Vertreter die Auffassung, daß Bürgermeister und Landräte sich ebenfalls wie die Gemeindevahlen alle vier Jahre zur Wahl stellen müßten. Haben sie die Gemeindepolitik fortschrittlich, demokratisch geführt, für das Volk und nicht gegen das Volk, werden sie wohl immer wieder gewählt werden.

Der Vertreter der amerikanischen Militärregierung, Hauptmann Walter, nahm Kenntnis von den Wünschen und Anregungen der Parteivertreter und versprach, daß er sich in Stuttgart für die Verlegung des Wahltermins um einige Monate später einsetzen will.

nährungsminister gewesen, der eine zentrale Fleischbevorratung in den Hamburger bzw. norddeutschen Kühlhäusern ablehnte mit dem Hinweis, daß dadurch vielleicht Bayern (zugunsten einer gerechten Gesamtverteilung) die jetzigen Vergünstigungen gestrichen werden könnten. Es scheint also, als müßte auch dieser Bevorsorgungsplan scheitern, denn in Süddeutschland wird lustig weiter Fleisch ausgegeben.

Die Notstandsgebiete aber hungern noch mehr

Wer hat nun eigentlich die Zügel in der Hand? Der mit vielem Drum und Dran und gewaltigen Versprechungen aus der Taufe gehobene bizonale Ernährungsapparat? Bei der Betrachtung des gegenwärtigen Durcheinanders auf dem Gebiet der Erfassung und Vertei-

lung der Lebensmittel ist selbst bei gutem Willen diese Frage zu verneinen. Es klingt fast wie ein Treppenwitz, ist aber leider eine bittere Wahrheit: Die zu Notstandsgebieten erklärten Teile der beiden Westzonen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, erhalten weniger Lebensmittel als z. B. Bayern und Niedersachsen. Während also Niedersachsen 2 Zentner Einkellerungskartoffeln ausgibt, ist noch nicht einmal die Versorgung der Ruhrbergarbeiter mit Kartoffeln sichergestellt.

Die Bevölkerung der Notstandsgebiete fragt sich mit Recht, wo denn die marktschreierisch angepriesenen Vorteile der bizonalen Verwaltung bleiben und verlangt mit dem gleichen Recht eine gerechte gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel.

Journalistische Hexenküche

Mein Freund, die Kunst ist alt und neu, es war die Art zu allen Zeiten, durch Drei und Eins, und Eins und Drei, Irrtum statt Wahrheit zu verbreiten. (Faust I.)

Als Schulbeispiel „objektiver“ Berichterstattung kann man den eigenen Bericht des „Telegraf“ von der Eröffnung des Parteitages der SED betrachten. Wir stellen die Unterstellungen des Blattes den Tatsachen kommentarlos gegenüber und überlassen dem Leser das Urteil:

„Telegraf“, 21. September
„Tjulpanow an die SED“
Berlin, dem 20. Sept.
(Eigenbericht)

Er behauptete, der Standpunkt der Sowjetunion decke sich mit dem Standpunkt aller demokratischen Kräfte in Deutschland. Aber durch die Demarkationslinie sei Deutschland in zwei grundverschiedene Lager gespalten.

Das westliche oder, wie Tjulpanow sagte, das ausländische Deutschland....

.... die Bi-Zone....

bereite einen nächsten Krieg vor.

Die Arbeit der SED.... entspreche auch den Interessen, für die die Völker der Sowjetunion einen konsequenten Kampf führen.“

(„Vorwärts“ Berlin)
v. 23. 9. 47.

Wortlaut der entsprechenden Stellen der Begrüßungsansprache des Vertreters der SWP auf dem Parteitag der SED.

Die Demarkationslinie „scheidet nicht das westliche von dem östlichen, das südliche von dem nördlichen Deutschland. Nein, so ist das nicht. Das eine Deutschland ist das Land aller fortschrittlichen Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der intellektuellen Schichten.... Das zweite Deutschland.... ist das Deutschland der Dinkelbäcker, der Witzleben, der Schlange-Schönungen, das Deutschland aller jener, die zugunsten ihrer Klasseninteressen bereit sind, der territorialen Aufteilung des Landes zuzustimmen.“

Das zweite Deutschland oder, ausländisch ausgedrückt, das Bi-Deutschland....

.... Bi-Deutschland ist das Land jener Leute, die.... das deutsche Volk wieder in das blutige Gemetzel des imperialistischen Krieges jagen wollen....

Die aufbauende Arbeit der SED entspricht den Interessen der Demokratie und des Friedens, für die die Völker der Sowjetunion.... einen konsequenten Kampf führen.

*) Sperrungen durch die Redaktion

83 Millionen Mitglieder im Weltgewerkschaftsbund (PD)

Der Vizepräsident des Weltgewerkschaftsbundes, E. Kupers (Holland), teilte auf dem englischen Gewerkschaftskongreß mit, daß nach Anschluß der deutschen Gewerkschaften mit 6 800 000 Mitgliedern sowie auf Grund des in Aussicht stehenden Anschlusses der japanischen Gewerkschaften mit 4 Millionen Mitgliedern der Weltgewerkschaftsbund über 83 Millionen Mitglieder verfügen wird.

Kupers erklärte weiter, daß schlechte Bedingungen in Deutschland den Lebensstandard aller Werktätigen der ganzen Welt gefährden könnten. Es sei deshalb von größter Bedeutung, Deutschland seinen Platz im Weltverkehr wieder einzuräumen.

Krankenhaus-Skandal findet seinen Abschluß

Stadtrat Kuhn (CDU) findet Revisionsbericht „sonderbar“ — Stadtrat beschließt gegen Kommunisten Weiterverwendung von Dir. Stadler

Am 29. 9. 47 fand sich der Mannheimer Stadtrat zu einer arbeitsreichen Sitzung zusammen. Bürgermeister Trumpfeller nahm ausführlich zu dem Bericht der Revisionskommission, welche die Untersuchung über die Mißstände im Städt. Krankenhaus leitete, Stellung. Noch einmal kamen die unmöglichen Zustände, welche im Städt. Krankenhaus geherrscht hatten, zur Sprache und wurde das mangelnde Organisationstalent sowie die grenzenlose Unfähigkeit des nunmehr entfernten Direktors Stadler unterstrichen. Der Fall „Städt. Krankenhaus“ hätte sicherlich zur großen Erleichterung der Stadtväter ad acta gelegt werden können, wenn nicht der CDU-Stadtrat Kuhn noch in letzter Minute versucht hätte, eine Lanze für seine Schützlinge Stadler und die in dem Bericht ebenfalls schwerbelastete Oberschwester Martha Schober zu brechen. Herr Kuhn wandte wieder einmal seine bewährte Taktik an und versuchte die in dem Revisionsbericht geschilderten Tatsachen zu „zerreden“. Wohl als einziger im Stadtrat fand er, daß der Prüfungsbericht kein objektives Bild gegeben hätte und die darin aufgezählten belastenden Umstände konnten ihm nicht „imponieren“. In bewegten Worten und mit vor Rührung überschnapper Stimme hielt er Direktor Stadler und Oberschwester Martha eine Abschiedsrede und forderte, daß diese armen und vom Stadtrat in ihrer Ehre tiefgekränkten Leute an anderer wichtiger Stelle wiederum ihre bewährten Fähigkeiten unter Beweis stellen könnten. Trotz der zu Herzen gehenden Mahnungen des Herrn Kuhn blieb im Stadtrat jedes Auge trocken.

Gegen die Stimmen der KPD, welche die Ansicht vertrat, daß

Stadler in keiner anderen Arbeit der Stadtverwaltung verwendet werden dürfe, beschloß aber der Stadtrat, ihn in einem anderen Amte zu beschäftigen. Wir wünschen Herrn Direktor Stadler Glück zu seiner neuen Arbeit und hoffen, daß der Mannheimer Stadtrat nicht in einem halben Jahr das Unglück haben wird, sich wiederum mit Stadler und seinen „hervorragenden kaufmännischen Fähigkeiten“ befassen zu müssen. Die Entlassung von Oberschwester Martha wurde aufrecht erhalten und sie hat die Gelegenheit, ein anderes nicht in un-

rer Stadt gelegenes Krankenhaus mit ihrer Gegenwart zu beglücken. Damit ist zu unserer und der Bevölkerung Erleichterung die Angelegenheit Städt. Krankenhaus erledigt und es bleibt uns nur zu hoffen, daß die neue Direktion und Verwaltung in engster Zusammenarbeit mit Betriebsrat und Belegschaft mit dem von Stadler hinterlassenen Tohuwabohu in kürzester Zeit fertig wird, so daß Ruhe und Ordnung im Krankenhause herrschen werden und den Patienten die ihnen zustehende Pflege gesichert werden kann.

Stadtrat behandelt kommunistische Anträge

In seiner Sitzung vom 29. September 1947 beschäftigte sich der Mannheimer Stadtrat mit einer Reihe von Anträgen, welche die kommunistische Fraktion im Interesse der Bevölkerung gestellt hatte.

Zum Antrag der kommunistischen Partei, welche die Wiederübernahme der Freibank durch die Stadt forderte, wurde erklärt, daß ihm infolge der starken Beschädigung des Städt. Schlachthofes vorläufig nicht stattgegeben werden könne. Um aber den Bedürftigen ein stundenlanges Schlagenstehen zu ersparen, wurde beschlossen, statt wie bisher an 3 Tagen, nunmehr an 6 Tagen in der Woche Freibankfleisch auszugeben. Damit dürfte ein Mißstand beseitigt sein, der an die bedürftigen Mannheimer große Anforderungen stellte und von ihnen heftig kritisiert wurde.

Weiterhin hatte die kommunistische Partei beantragt, die Möglichkeit der Gasversorgung für den Stadtteil Lindenhof zu überprüfen. Laut Gutachten der Experten sind die Zerstörungen der Gasrohre im Stadtteil Lindenhof so groß, daß mit einer Gasversorgung auch im Laufe dieses Winters nicht zu rechnen sein wird. Den Bewohnern des Lindenhofs und anderer Stadtteile, welche nicht an das Gasnetz ange-

schlossen sind, wird aber eine laufende Sonderzuteilung von Holz und Kohle für das ausfallende Gas zugesagt.

Die Kommunistische Fraktion erinnerte den Stadtrat noch einmal daran, daß der Landtag die Zulassung der Öffentlichkeit bei den Stadtratssitzungen beschlossen hatte. Der Oberbürgermeister gab hierzu die Erklärung ab, daß er sich schon seit längerer Zeit um einen geeigneten Raum bemühen würde, der groß genug wäre, um der Öffentlichkeit das Beiliegen an den Stadtratssitzungen zu gestatten. Bis jetzt seien aber seine Bemühungen nicht von Erfolg gekrönt gewesen. Es bleibt zu hoffen, daß der Herr Oberbürgermeister nicht noch weitere sechs Monate benötigen wird, um diesen für die demokratische Erziehung des deutschen Volkes wichtigen Beschluß des Landtags in die Tat umzusetzen.

Durch das Volk, mit dem Volk, für das Volk — das ist der Leitsatz, nach dem sich die Kommunisten immer zu richten haben. Die Arbeit unserer kommunistischen Stadtratsfraktion beweist uns, daß dieser Satz keine leere Phrase ist, sondern den Kommunisten, wo sie auch stehen, im Betrieb, in der Verwaltung, im Stadtrat oder im Parlament, immer als Anleitung zu praktischem Handeln dient.

Spaltungspraktiken an der Ruhr!

Ein Karlsruher junger Arbeiter schreibt vom Ruhrereinsatz

Ein junger Freund aus Karlsruhe, der sich zum Einsatz im Ruhrbergbau gemeldet hat, wirft in einem Brief vom 14. 9. treffende Schlaglichter auf die dortigen Verhältnisse und auf die Methoden der reaktionären Kräfte, die ihre besonderen dunklen Absichten mit dem Ruhrgebiet haben. Er schreibt uns: „Am zweiten Tage meines Hierseins unterhielt ich mich mit einem alten Kumpel, und der sagte mir, früher hat man den Kohlenpott als Endstation betrachtet. Ich erwiderte ihm, daß bei uns das nicht der Fall sei, da wir ja freiwillig hierher gekommen seien. Nun mußte ich mich aber in der Zwischenzeit eines andern belehren lassen. Wir sind hier in einem Steinbarackenlager untergebracht. Meiner Schätzung nach sind von den 260 Lagerbewohnern 70—80 Prozent Angehörige der Waffen-SS. Ein großer Teil davon kommt aus der Ostzone. Ueber den Grund befragt, warum sie dort abhalten mußten, haben sie tausend Ausreden, aber die Wahrheit habe ich noch von keinem erfahren. Wenn man da abends oder sonntags durchs Lager geht, glaubt man sich unwillkürlich um 4 bis 5 Jahre zurückversetzt. Der Nazigruß und die Nazilieder sind hier an der Tagesordnung.“

Unser junger Freund berichtet weiter, daß die Bergarbeiter sich in ihren Forderungen bis auf den letzten Mann einig sind und rege das politische Gesehen verfolgen. Sehr richtig stellt er fest, daß die in- und ausländische Reaktion in dieser Einigkeit und Einheit der Bergarbeiter ihre größte Gefahr sieht, und daß die von ihm geschilderte Sorte „Bergfreiwiliger“ ein wertvolles Werkzeug in deren Händen ist. Diese Elemente werden benutzt, um Uneinigkeit zwischen den Untertagearbeitern zu stiften und ihre berechtigten Forderungen als Hetze der unbedingten Kommunisten hinzustellen.

Aber noch andere Mittel werden angewandt, um die Arbeiterschaft zu veruneinigen und gegenseitig auszuspielen:

„Ich weiß nicht, ob und wieviel Ihr von der Care-Aktion gehört habt. Nach Weisung der NBCC sollen die Untertagearbeiter dieser Schachtanlagen, die ihre höchste Förderung, die sie seit dem Zusammenbruch schon einmal hatten, wieder erreichen und vier Wochen halten können, ein Care-Paket bekommen. Nun fing der Kumpel unter Tage an zu schuffen, um unter Aufwendung seiner letzten Kräfte, ohne Rücksicht auf seine Sicherheit, soviel Kohle zu fördern, damit er das Paket erhält. Das erste, was zu verzeichnen war, war ein Ansteigen der Unglücks- und Krankheitsfälle. Nun noch der Hauptzweck, der damit erreicht werden sollte, nämlich mit der Steigerung der Förderung wurde auch der Ueber-tagearbeiter zu einer größeren Arbeitsleistung gezwungen. Während nun der Kumpel unter Tage sein Care-Paket erhielt, bekam dieser über Tage nichts. Ich glaube nun, daß dem seine Familie daheim genau so Hunger hat, wie dem Kumpel vom Untertage auch. Ihr könnt euch nun denken, daß damit schon die Mißstimmung vorhanden war, die unsere „Dollarfreunde“ erreichen wollten.“

Führt das geschilderte Begünstigungssystem schon zu Gegensätzlichkeiten unter den Bergarbeitern selbst, so wirkt es sich noch viel stärker in dem Gegensatz zwischen Bergarbeitern und übriger Bevölkerung aus. Der Vorstand der Bergarbeitergewerkschaft (Industrieverband Bergbau JVB) hat sich bei seiner ablehnenden Stellungnahme gegen den an Stelle des Punktsystems vorgesehenen Dreiphasenplan auch eindeutig gegen eine weitere Bevorzugung der Bergarbeiter ausgesprochen, die, wie vorgesehen ist, gänzlich auf Kosten der hungernden Normalverbraucher erfolgen soll. Denn die für die Bergarbeiter vorgesehene ga-

rantierte Tagesration von 1550 Kalorien zu der Sondervergütung und den Care-Paketen muß mit den für die Deckung des Normalverbrauchs der Gesamtbevölkerung vorgesehenen Dollarmitteln beglichen werden. Das bedeutet offensichtlich eine erneute Kürzung der Hungerrationen des Normalverbrauchers, zu der sich Schlange-Schönning, der Hungerdiktator, in verantwortungslosester Weise auch bereit erklärt hat, indem er seine Zustimmung zu dem Plan gab.

Die Reaktion hofft, mit ihren Plänen und dem Ausbau der Sonderzuteilungen mehr Dinge auf einen Streich zu erreichen und auf Kosten der Gesundheit des Volkes die Bergarbeiter verstärkt auszubeuten und zu erhöhter Leistung anzutreiben, die auch ihre Gesundheit gefährdet. Noch mehr: Das schaffende Volk, die geeinte Arbeiterschaft, ist der Feind, den sie am stärksten haßt; deshalb ihr Bemühen, die einzelnen Teile der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen und mit allen Mitteln, auch mit Hilfe von Lebensmitteln, das schaffende Volk und darüber hinaus ganz Deutschland zu spalten.

Willi Agatz, der 2. Vorsitzende des I.V. Bergbau, hat in einer der ... des Industrieverbandes Bergbau, hat in einer der gewaltigsten Kundgebungen nach der Kapitulation in Herne klar ausgesprochen, daß die Bergarbeiter wissen, wie es nicht geht und wie es geht: „Um den Friedensstand der Kohlenförderung zu erreichen, ist es notwendig, auch den Friedensstandard in der Lebensmittelversorgung der werktätigen Bevölkerung zu sichern!“ Die erste und unabdingbare Forderung der Bergarbeiter aber ist: „Die am Faschismus und am Kriege hauptschuldigen Kriegsverbrecher der Ruhrzechen müssen enteignet werden! Die Bergarbeiter denken nicht daran, diese Forderung jemals aufzugeben.“

Gedenktage DER WOCHE

- 3. 10. 1935 Brüsseler Parteikonferenz der illegalen KPD (bis 15. 10.).
- 1915 Erster Internationaler Jugendtag
- 1918 Deutsches Friedensgesuch an Präsident Wilson.
- 1807 Reichsfreiherr vom Stein, Minister in Preußen, befreit Bauern von der Erbuntertänigkeit.
- 4. 10. 1669 Rembrandt gestorben.
- 5. 10. 1808 Wilhelm Weitling, utopischer Sozialist, geboren.

Kriegsgefangene grüßen das „Badische Volksecho“

Unbekannterweise möchte ich Ihnen von der Sowjetunion aus der Kriegsgefangenschaft einige Worte schreiben. Ihre Zeitung (Badisches Volksecho) verbindet uns in jeder Hinsicht mit der Heimat. Habe jahrelang in meiner Heimatstadt Stuttgart im Sinne Ihrer Zeitung tätige Arbeit geleistet. Wir hier in der US wissen, wo unsere Interessen in politischer Hinsicht vertreten werden. Wir begrüßen die SED, den antifaschistischen Block. Nur ein geeintes Deutschland auf demokratischer Grundlage kann sich aus dem Chaos erheben als friedliebender Staat. Lassen Sie uns auch weiterhin Leser sein des „Badischen Volksecho“, bis wir hier als ehrliche Arbeiter der Wiedergutmachung die Heimreise antreten werden.

In diesem Sinne viele Grüße
Wilhelm Wörner
UdSSR Moskau
Rotes Kreuz
Postschließfach 292/I

An die Genossen der Redaktion!
In kurzer Zeit bekam ich jetzt die 4. Zeitung. Hierdurch spreche ich Euch meinen und aller Antifaschisten Dank aus. Die Zeitungen gebe ich an die Unterkünfte der Kriegsgefangenen weiter. Die „Badische Volksstimme“ ist uns sehr willkommen, und wir würden uns freuen, wenn wir die Zeitung weiterhin bekommen würden.
Mir selbst geht es gut. Bin z. Z. Betreuer im Kgf.-Urlaubsheim. Die

Was auch in Deutschland oder über Deutschland kommen mag, wir müssen und wir werden den Kampf um die Einheit Deutschlands im Kampf um ein friedliches Deutschland und eine demokratische deutsche Republik fortführen unter dem Banner der geeinten Arbeiterbewegung; denn großes Werk gedeiht nur durch Einigkeit!

Otto Grothwohl
auf dem 2. Parteitag der SED.

Kgf. erleben hier einen tadellosen zehntägigen Urlaub bei bester Verpflegung und Betreuung. Das Urlaubsheim ist so erstklassig eingerichtet, daß ein solches selbst im Zivilleben nicht besser sein kann. Von seiten der russischen Lagerleitung wird alles getan, daß sich der Urlauber wohl fühlt und er nach den zehn Tagen wieder mit Freuden an die Arbeit geht.

Es grüßt Euch mit der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen
Euer Genosse Otto Schlang
UdSSR., Lager 7294.

Mit aufrichtiger Freude und Dank habe ich das Wochenblatt der Kommunistischen Partei „Badisches Volksecho“ erhalten. Die Zeitung hat mir viel Wissenswertes und Neues aus der Heimat gebracht. Ich hoffe und wünsche, daß das Blatt großen Anklang unter der Bevölkerung findet. Auch hier in unserem Lager wurde das „Volksecho“ mit großer Begeisterung gelesen. Ich bitte freundlichst nach Möglichkeit um weitere Exemplare.

Mit herzlichen Grüßen an Redaktion und Leserschaft verbleibe ich
Kgf. Robert Wahl,
UdSSR, Lager 7288
Heimatadresse:
Ersingen bei Pforzheim.

Unter der Lupe

Was geht bei der Landespolizei vor?

Der Aufbau einer wirklichen Demokratie ist nicht möglich, wenn nicht auch die Polizei von allen faschistischen Elementen gesäubert wird. In dieser Hinsicht haben wir bekenntlich von 1918-1933 bittere Erfahrungen machen müssen. Die Polizei wurde zu einem Werkzeug der Reaktion, mit dessen Hilfe die fortschrittlichen Arbeiter niedergeknüppelt, die faschistischen Horden dagegen geschützt und beschirmt wurden. Hitler hatte daher auch im Jahre 1933 leichtes Spiel. Er fand einen Polizeiapparat vor, den er fast unverändert für seine Terrorherrschaft benutzen konnte.

Heute kann nicht dringend genug von einer Wiederholung einer solchen Entwicklung gewarnt werden. Fest steht, daß der Polizeiapparat noch lange nicht gesäubert ist. Im Gegenteil: Folgender ungläublicher Fall beweist, daß man drauf und dran ist, unsere Polizei mit verbrecherischen Elementen aus der Nazizeit zu durchsetzen.

Im Jahre 1939 wurde ein gewisser Bernhard Gimber aus Katzenthal bei Mosbach als Oberaufseher für Fremdarbeiter und Gefangene bei der Firma Bopp u. Reuther eingestellt. Die Mißhandlungen der dort ihm Unterstellten gehen mittelbar oder unmittelbar auf sein Konto. Er hat sogar persönlich Gefangene in brutalster Weise mißhandelt.

1945, beim Einmarsch der Amerikaner, war Gimber, zu seinem Glück, spurlos verschwunden, sonst hätten die Fremdarbeiter und Gefangenen bei Bopp u. Reuther mit ihm abgerechnet. Er war jedoch frech genug, sich in Fahrbach bei Mosbach bei der Polizei einstellen zu lassen, wo er auf Veranlassung empörter Arbeiter der Firma Bopp u. Reuther verhaftet und durch die Amerikaner in das Internierungslager Dachau verschickt wurde. Anlässlich der Weihnachtsamnestie rutschte Gimber wieder in die Freiheit. Und nun tauchte er wiederum bei der Landespolizei in Limbach auf, von wo er vor einigen Wochen auf Veranlassung des Betriebsrates erneut verhaftet wurde.

Hier ist es wohl erlaubt, zu fragen: „Wer ist verantwortlich für die Einstellung dieses schwerbelasteten Gimber bei der Landespolizei? War nicht bekannt, daß Gimber in Dachau gewesen ist? Hat man sich beim Betriebsrat der Fa. Bopp u. Reuther um Auskunft bemüht?“

Von der Spruchkammer in Mosbach wurde das Verfahren gegen Gimber, wie kann es anders sein, eingestellt. Der öffentliche Kläger schreibt an unsere Redaktion, daß die in Mannheim eingeholten Auskünfte nichts Nacheiliges ergeben hätten. Hat sich der öffentliche Kläger beim Betriebsrat, hat er sich bei der Arbeiterschaft der Firma Bopp u. Reuther erkundigt? Das wäre doch das Nächstliegende gewesen. Es hätte an belastendem Material in diesem Falle nicht gefehlt.

Erstaunlich ist, mit wie wenig Sorgfalt die Bewerber für den Polizeiapparat ausgewählt werden, sonst könnte ein derartiger Fall nicht vorkommen. Glaubt man, daß solche Leute gerade recht sind, um in Zukunft unseren demokratischen Staat zu schützen oder soll hier eine neue Knüppelgarde gegen das arbeitende Volk, wie nach 1918, aufgebaut werden? kg.

Seit 15. März d. J. ist, laut einer Verordnung des Kontrollrates, unter bestimmten Voraussetzungen die Kündigung von Pachtverträgen für landwirtschaftliche Grundstücke wieder möglich. Diese Verordnung bedeutet nicht die Beseitigung des Pachtschutzes überhaupt, sondern lediglich eine Aufhebung des Verbotes, Pachtverträge zu kündigen.

Unsere Junker in Nordbaden haben nun die neue Sachlage weitgehendst ausgenutzt. Pächter, die in den schweren Zeiten der Agrarkrise vor dem Kriege mit viel Mühe und Schweiß die hohen Pachtsummen aus dem Boden herausgewirtschaftet haben, werden jetzt rücksichtslos um ihre Lebensarbeit betrogen und müssen ihre Pachtäcker zurückgeben. Die Herren Junker, Graf v. Oberndorf, Baron v. Racknitz, Baron v. Göler, Frein v. Göler-Ravensburg und wie sie alle heißen mögen, wollen jetzt selbst „Landwirte“ werden. Man verstehe recht; arbeiten wollen sie auf ihren Gütern natürlich auch jetzt nicht. Dazu gibt es ja Landarbeiter.

Milchüberfluß?

Der Süddeutschen Molkerei-Zeitung (Kempten, Allgäu) vom 11. September 1947, Jahrgang 68, Folge 19, entnehmen wir auf Seite 239 folgenden Artikel:

Grenzsperre verhindert Butterabsatz!
Im „Alpenröder Bauernblatt“ lesen wir einen Bericht, aus dem Bezirk Seegart, einer Ortschaft, die greifbar nahe der deutschen Grenze, etwa 300 Kilometer nördlich Flensburg liegt, daß in der dortigen Molkerei wöchentlich 8 Zentner Butter an die Bauern „notgedrungen zurückgegeben werden müssen“, da es nicht möglich sei, sie zu einem vernünftigen Preis auf dem Markt abzusetzen.

Nicht anders ist es an der belgischen Grenze. Die Wochenzeitschrift „Der Bauer“ in Eupen veröffentlicht folgende Zuschrift einer Molkerei:
„Zur Zeit erhalten wir wöchentlich 21 000 Liter Milch, 1200 Liter gehen an die Bauern zurück, 300 Liter verkaufen wir und von der übrigen Magermilch machen wir Quark. Was den Quark betrifft, so haben wir ihn zum größten Teil auf das Land gebracht, um ihn als Dünger niederzupflügen zu lassen. Wir haben jetzt noch 4000 kg davon in einem großen Kübel eingelagert, der randvoll ist. Wo wir damit bleiben sollen, wissen wir nicht, und die Milchfuhr wird von Tag zu Tag größer.“

Düngemittel für Bauern

Eine ausreichende Zufuhr von Düngemitteln ist für die Sicherung unserer Ernährung unerlässlich. Der hessische Landtagsabgeordnete und Landesvorsitzende der KPD, Walter Fisch, nahm im hessischen Landtag hierzu wie folgt Stellung: „Wie ist es möglich“, so fragte er, „daß in einem Lande wie Hessen, in dem mehr Kall und Stickstoff erzeugt wird, als in der gesamten US-Zone benötigt werden, nur 39 % des Bedarfs an Kall, 20 % des Bedarfs an Phosphorsäure, 47 % an Stickstoff ausgeliefert werden? Wo sind die fehlenden Mengen verblieben? Darüber soll man sprechen. Und wenn es so ist, daß im Hafen von Bremen hessisches Kall nach Japan verfrachtet wird, dann soll man die Dinge beim Namen nennen und soll sagen: „Wir treten dafür ein, daß kein Kilogramm Kall mehr exportiert wird oder andere Grundstoffe, die für die Steigerung der heimischen landwirtschaftlichen Erzeugung benötigt werden.“

Das moderne „Bauernlegen“

Können Pachtverträge gekündigt werden?

Schließlich wird noch ein Verwalter angestellt und die ganze Tätigkeit des Herrn Barons besteht in der Aneignung der Früchte des Ackers. Das ist heute rentabler als das Einziehen von Pachtgeld.

Wie ist nun das geltende Recht und inwieweit können sich die Junker bei ihrem brutalen Vorgehen auf tatsächliche Rechtsgrundlagen stützen?

Laut der noch geltenden Pachtschutzverordnung kann das Pachtamt (Amtsgericht) auf Antrag die Kündigung eines Pachtvertrages aufheben, oder einen ohne Kündigung abgelaufenen Vertrag wieder in Kraft setzen. Dies gilt aber nicht, wenn der Verpächter das Pachtland selbst oder durch ein Familienmitglied bewirtschaften lassen will. Wird durch Verlust des Pachtgeländes dem Pächter die wirtschaftliche Lebensgrundlage entzogen, so kann das Gericht den Pachtvertrag nur verlängern, wenn die persönliche Bewirtschaftung für den Verpächter von entscheidender Bedeutung ist.

Wir wollen zwei Beispiele anführen, die die Rechtslage klarstellen sollen.

Erster Fall: Ein Bauer hat während des Krieges einen Teil seines Bodens verpachtet, weil seine Söhne eingezogen wurden. Die Söhne sind zurückgekehrt, der Bauer fordert nunmehr mit Recht das Pachtland zurück, weil er dasselbe für seine Wirtschaft notwendig braucht. Kündigung des Pachtvertrages ist zulässig.

Zweiter Fall: Ein Junker, der noch

nie seinen Boden selbst bearbeitet hat, kündigt Pachtverträge, um sich ein eigenes Hofgut zu schaffen. Er ruiniert damit die Pächter, die ohne das Pachtland ihre Bauernwirtschaft aufgeben müssen. Die Kündigung der Pachtverträge ist unberechtigt, weil der Boden für die Pächter lebensnotwendig ist, der Junker aber zu seiner Existenz das Gut nicht unbedingt braucht und es auch nicht selbst bearbeitet.

In der Praxis allerdings haben unsere „auch demokratischen“ Richter die gesetzlichen Bestimmungen über den Pachtschutz willkürlich zugunsten der Junker ausgelegt und mitgeholfen, Pächter zu ruinieren. Auch eine Folge des Versäumnisses, die Justiz von allen nazistischen und militaristischen Elementen zu säubern.

Im Gegensatz zur Ostzone wurde bei uns im Westen keine Bodenreform, d. h. keine Enteignung der Großgrundbesitzer durchgeführt — dafür werden jetzt die Bauern und Pächter von der Scholle verjagt. Das wird so weitergehen, wenn die Bauernschaft sich nicht wehrt. Das Anrufen der Gerichte genügt nicht, die ganze Öffentlichkeit muß Front machen gegen diese Willkür und Ungerechtigkeit der feudalen Herrschaft, die sich gegenüber dem deutschen Volke mit einer unendlichen Schuld beladen hat. Schluß mit der Vertreibung der Pächter. Verpachteter Großgrundbesitz in das Eigentum der Kleinpächter. Wirkliche Bodenreform, Enteignung des Großgrundbesitzes. kg.

Die Sonderrechte des Großgrundbesitzes

Es gibt in Deutschland, trotz des Masseneleides und des Chaos immer noch eine Klasse von Menschen, die für sich „Sonderrechte“ beansprucht und sie auch erhält. Geradezu skandalös muß man das Verhalten unserer demokratischen Organe gegenüber den adeligen Großgrundbesitzern bezeichnen. Dafür ein Beispiel:

Die Familie des Grafen von Oberndorf in Neckarhausen bewohnt

26 Räume.

Gegen die Beschlagnahme eines Teils dieser Räume hat der Graf beim Landrat Beschwerde eingelegt. Es hat reichlich lange Monate gedauert, aber schließlich mußte der Landrat die Beschwerde ablehnen. Nunmehr ging der Graf an das Verwaltungsgericht in Karlsruhe. Laut Wohnungsgesetz hat eine Beschwerde gegen einen Beschluß der Wohnungskommission keine aufschiebende Wirkung. Aber dies gilt anscheinend nur für gewöhnliche Sterbliche. Bei dem Herrn Grafen hat das Wohnungsgesetz keine Gültigkeit, denn immer noch verfügt die gräfliche Familie über ihre umfangreiche Wohnung. Das Verwaltungsgericht bestimmt, der Beschluß der Wohnungskommission wird nicht durchgeführt, solange das Verfahren läuft.

Die Öffentlichkeit wird es interessieren, wie die Räume im gräflichen Schloß verwendet werden. Was sagen die Bauern und Flüchtlinge zu folgender Liste:

- Sohn Peter, 21 Jahre, ein Wohn-, ein Schlafzimmer;
- Tochter Elisabeth, 18 Jahre, ein Wohn-, ein Schlafzimmer;
- Tochter Wallpurga, 14 Jahre, ein Wohn-, ein Schlafzimmer;
- Sohn Georg, 8 Jahre, ein Wohn-, ein Schlafzimmer.

Was sagen die ausgebombten Städte zu folgender Aufstellung: Die gräfliche Familie verfügt über Arbeitszimmer, Familienzimmer, Waschzimmer, Bügelzimmer, Bibliothekzimmer, Wintergarten usw. usf.

Der Graf hat sich inzwischen bereitgefunden, ganze zwei bis drei Räume abzugeben.

Aber damit sind die Sonderrechte des Grafen nicht erschöpft. Seit einem Menschenalter war der 75 ha große Edinger Hof verpachtet. Der Graf hat den Pächter vom Hof gejagt. Mit Hilfe des Amtsgerichts in Heidelberg. Trotz Pachtschutzverordnung und trotzdem damals das Kündigungsrecht für Pachtverträge noch nicht aufgehoben war.

Graf v. Oberndorf besitzt auch ein Motorrad. Damit fährt er zu seinem etwa 3/4 Stunden entfernten Hof, nicht um dort zu arbeiten natürlich. Dafür teilt ihm der Verkehrsausschuß des Kreisrates monatlich 10 Liter Benzin zu. Würde man einem Arbeiter oder Bauern auch 10 Liter Benzin zuteilen?

Die adeligen Verschwörer auf Schloß Kappenberg bei Iserlohn (wovon wir bereits berichteten) verlangen Sonderrechte für den Großgrundbesitz. Diese Forderung bezieht sich wohl auf die im Osten Deutschlands enteigneten Junker, denn unsere Großgrundbesitzer im Westen haben solche Sonderrechte schon längst. Und das muß aufhören. kg.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheim-Großdruckerei, Mannheim, R 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45 000.

Freie Bahn dem „Züchtigen“



„Ohne freier Wirtschaft Walten Kann sich kein Gehilte gestalten! Darum fort mit jedem Zwang!“
„Was da schwach ist, soll verderben! Wer besitzt, noch mehr erwerben! Nur das Starke hält sich lang!“



„Aufbau!“ Soll er rasch sich regeln, Muß er unterm Motto segeln:
„Gebt der Wirtschaft freie Bahn!“
Laßt um die da jammern, wimmern, Nur den lieben Gott sich kümmern; Die geh'n uns nichts an!“

Ha! So möchten sie's gern haben: Sich an unsrer Not erlaben, Und noch Hohn und Spott dazu. Wir kein Brot — und sie nur Braten; Sie die Führer — wir Soldaten; Ich und Du — und Du!



Ja! Das wär ein felnes Fressen Für die Geldsack-Interessen! (Die hab'n sich bestimmt verhaue!)
Laßt uns unsrer Kraft besinnen, Daß gemeinsam wir beginnen, Deutschland wieder aufzubauen! Laßt